

## Allgemeine Geschäftsbedingungen

### I. Allgemeine Bestimmungen

1. Sämtliche Lieferungen oder Leistungen (im Folgenden: Lieferungen) erfolgen ausschließlich aufgrund der nachfolgenden allgemeinen Geschäftsbedingungen. Für den Umfang der Lieferungen sind die beiderseitigen Erklärungen in Textform maßgebend. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers gelten jedoch nur, als der Lieferer oder Leistende (im Folgenden: Lieferer) ihnen ausdrücklich in Textform zugestimmt hat. Diese Lieferbedingungen gelten auch dann, wenn der Lieferer in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Lieferbedingungen abweichenden Bedingungen des Bestellers die Lieferung an den Besteller vorbehaltlos ausführt.
2. Alle Vereinbarungen, die zwischen dem Lieferer und Besteller zwecks Ausführung dieses Vertrages getroffen werden, sind in diesem Vertrag schriftlich niedergelegt.
3. Diese Lieferbedingungen gelten nur gegenüber Unternehmen i. S. v. § 310 Abs. 1 BGB.
4. Diese Lieferbedingungen gelten auch für alle künftigen Geschäfte mit dem Besteller.

### II. Angebot – Angebotsunterlagen

1. Ist die Bestellung als Angebot gemäß § 145 BGB zu qualifizieren, so kann der Lieferer dieses innerhalb von 2 Wochen annehmen. Es gilt ein Mindestbestellwert von EUR 100,00. Bei Bestellungen, die diesen Wert unterschreiten, werden wir einen Bearbeitungszuschlag in Höhe von EUR 33,00 berechnen.
2. An Kostenvoranschlägen, Zeichnungen und anderen Unterlagen (im Folgenden: Unterlagen) behält sich der Lieferer seine eigentums- und urheberrechtlichen Verwertungsrechte uneingeschränkt vor. Die Unterlagen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Lieferers Dritten zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag dem Lieferer nicht erteilt wird, diesem auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unterlagen des Bestellers; diese dürfen jedoch solchen Dritten zugänglich gemacht werden, denen der Lieferer zulässiger Weise Lieferungen übertragen hat.

### III. Preise-, Zahlungsbedingungen

1. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung des Lieferers nichts anderes ergibt, gelten Preise ab Werk, ausschließlich Verpackung, zzgl. der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Verpackung wird gesondert in Rechnung gestellt.
2. Hat der Lieferer die Aufstellung oder Montage übernommen und ist nichts anderes vereinbart, so trägt der Besteller neben der vereinbarten Vergütung alle erforderlichen Nebenkosten wie Reisekosten, Kosten für Transport des Handwerkszeugs und des persönlichen Gepäcks sowie Auslösung.
3. Der Abzug von Skonto bedarf der Zustimmung des Lieferers in Textform.
4. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist der Kaufpreis netto (ohne Abzug) innerhalb von 30 Tagen ab Rechnungsdatum zur Zahlung fällig. Es gelten die gesetzlichen Regeln betreffend die Folgen des Zahlungsverzugs.
5. Aufrechnungsrechte stehen dem Besteller nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Lieferer anerkannt sind. Außerdem ist er zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

### IV. Fristen für Lieferungen; Verzug

1. Die Einhaltung von Fristen für Lieferungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Besteller zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen sowie die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen und sonstigen Verpflichtungen durch den Besteller voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen; dies gilt nicht, wenn der Lieferer die Verzögerung zu vertreten hat.
2. Ist die Nichteinhaltung der Fristen auf höhere Gewalt, z. B. Mobilmachung, Krieg, Aufruhr oder auf ähnliche Ereignisse, z. B. Streik, Aussperrung, zurückzuführen, verlängern sich die Fristen angemessen.
3. Kommt der Lieferer in Verzug, kann der Besteller, sofern er glaubhaft macht, dass ihm hieraus ein Schaden entstanden ist, eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5 %, insgesamt jedoch höchstens 5 % des Preises für den Teil der Lieferung verlangen, der wegen des Verzuges nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden konnte.
4. Sowohl Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen Verzögerung der Lieferung, als auch Schadensersatzansprüche statt der Leistung, die über die in Nr. 3 genannten Grenzen hinausgehen, sind in allen Fällen verzögerter Lieferung, auch nach Ablauf einer dem Lieferer etwa gesetzten Frist zur Lieferung, ausgeschlossen. Dies gilt nicht soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird. Vom Vertrag kann der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur zurücktreten, soweit die Verzögerung der Lieferung vom Lieferer zu vertreten ist. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.
5. Der Besteller ist verpflichtet auf Verlangen des Lieferers innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Lieferung vom Vertrag zurücktritt oder auf die Lieferung besteht.
6. Werden Abholung bzw. Versand oder Zustellung auf Wunsch des Bestellers um mehr als 1 Monat nach Anzeige der Bereitstellung der Ware bzw. Versandbereitschaft verzögert, kann dem Besteller für jeden angefangenen Monat Lagergeld in Höhe von 0,5 % des Preises der Gegenstände der Lieferung, höchstens jedoch insgesamt 5 %, berechnet werden. Der Nachweis höherer oder niedrigerer Lagerkosten bleibt den Vertragsparteien unbenommen.

### V. Gefahrübergang – Verpackung

1. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, geht die Gefahr – auch bei frachtfreier Lieferung – wie folgt auf den Besteller über:
  - a) Bei Lieferungen ohne Aufstellung oder Montage, wenn sie zum Versand gebracht oder abgeholt worden sind. Auf Wunsch und Kosten des Bestellers werden Lieferungen vom Lieferer gegen die üblichen Transportrisiken versichert;
  - b) bei Lieferungen mit Aufstellung oder Montage am Tage der Übernahme im eigenen Betrieb oder soweit vereinbart, nach einwandfreiem Probetrieb.
2. Wenn der Versand, die Abholung, die Zustellung, der Beginn, die Durchführung der Aufstellung oder Montage, die Übernahme im eigenen Betrieb oder der Probetrieb aus vom Besteller zu vertretenden Gründen verzögert wird oder der Besteller aus sonstigen Gründen in Annahmeverzug kommt, so geht die Gefahr auf den Besteller über.
3. Transport- und alle sonstigen Verpackungen nach Maßgabe der Verpackungsverordnung werden nicht zurückgenommen; ausgenommen sind Paletten. Der Besteller ist verpflichtet, für eine Entsorgung der Verpackungen auf eigene Kosten zu sorgen.

### VI. Aufstellung und Montage

Hat der Lieferer die Aufstellung und Montage übernommen, gelten, soweit nichts anderes in Textform vereinbart ist, folgende Bestimmungen:

1. Der Besteller hat auf seine Kosten zu übernehmen und rechtzeitig zu stellen:
  - a) alle Erd-, Bau- und sonstigen branchenfremden Nebenarbeiten, einschließlich der dazu benötigten Fach- und Hilfskräfte, Baustoffe und Werkzeuge;
  - b) die zur Montage und Inbetriebsetzung erforderlichen Bedarfsgegenstände und -stoffe für Gerüste, Hebezeuge und andere Vorrichtungen, Brennstoffe und Schmiermittel;
  - c) Energie und Wasser an der Verwendungsstelle, einschließlich der Anschlüsse, Heizung und Beleuchtung;
  - d) bei der Montagestelle für die Aufbewahrung der Maschinenteile, Apparaturen, Materialien, Werkzeuge, usw. genügend große, geeignete, trockene und verschleißbare Räume und für das Montagepersonal angemessene Arbeits- und Aufenthaltsräume einschließlich den Umständen angemessener sanitärer Anlagen; im Übrigen hat der Besteller zum Schutz des Besitzes des Lieferers und des Montagepersonals auf der Baustelle die Maßnahmen zu treffen, die er zum Schutz des eigenen Besitzes ergreifen würde;
  - e) Schutzkleidung und Schutzvorrichtungen, die infolge besonderer Umstände der Montagestelle erforderlich sind.
2. Vor Beginn der Montagearbeiten hat der Besteller die nötigen Angaben über die Lage verdeckt geführter Strom-, Gas-, Wasserleitungen oder ähnlicher Anlagen sowie die erforderlichen statischen Angaben unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.
3. Vor Beginn der Aufstellung oder Montage müssen sich die für die Aufnahme der Arbeiten erforderlichen Beistellungen und Gegenstände an der Aufstellungs- oder Montagestelle befinden und alle Vorarbeiten vor Beginn des Aufbaus soweit fortgeschritten sein, dass die Aufstellung oder Montage vereinbarungsgemäß begonnen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden kann. Anfahrwege und der Aufstellungs- oder Montageplatz müssen geebnet und geräumt sein.
4. Verzögern sich die Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme durch nicht vom Lieferer zu vertretenden Umstände, so hat der Besteller im angemessenen Umfang die Kosten für Wartezeiten zusätzlich erforderliche Reisen des Lieferers oder des Montagepersonals zu tragen.
5. Der Besteller hat dem Lieferer wöchentlich die Dauer der Arbeitszeit des Montagepersonals sowie die Beendigung der Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme unverzüglich zu bescheinigen.
6. Verlangt der Lieferer nach Fertigstellung die Abnahme der Lieferung, so hat sie der Besteller innerhalb von 2 Wochen vorzunehmen. Geschieht dies nicht, so gilt die Abnahme als erfolgt. Die Abnahme gilt gleichfalls als erfolgt, wenn die Lieferung – ggf. nach Abschluss einer vereinbarten Testphase – in Gebrauch genommen ist.

### VII. Entgegennahme

Der Besteller darf die Entgegennahme von Lieferungen wegen unerheblicher Mängel nicht verweigern.

### VIII. Mängelhaftung (Sachmängel)

Für Sachmängel haftet der Lieferer wie folgt:

1. Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Lieferers unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die innerhalb der Verjährungsfrist – ohne Rücksicht auf die Betriebsdauer – einen Sachmangel aufweisen, sofern dessen Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.
2. Sachmängelansprüche verjähren in 12 Monaten. Dieses gilt nicht soweit das Gesetz gemäß §§ 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), 445b Abs. 1 BGB (Rückgriffsanspruch) und 634a Abs. 1 Nr. 2 (Baumängel) BGB längere Fristen vorschreibt sowie in Fällen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Lieferers und bei arglistigem Verschweigen eines Mangels. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.

3. Der Besteller hat Sachmängel gegenüber dem Lieferer unverzüglich in Textform zu rügen.
4. Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückgehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Der Besteller kann Zahlungen nur zurückhalten, wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Lieferer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.
5. Zunächst ist dem Lieferer Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren.
6. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Besteller unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche gemäß Art. XI – vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.
7. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, bei natürlicher Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang in Folge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Bauarbeiten, ungeeignetem Baugrund oder die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind sowie bei nicht reproduzierbaren Softwarefehlern. Werden vom Besteller oder von Dritten unsachgemäße Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, so bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche.
8. Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sind ausgeschlossen soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch.
9. Rückgriffsansprüche des Bestellers gegen den Lieferer gemäß § 478 BGB (Rückgriff des Unternehmers) bestehen nur insoweit, als der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat. Für den Umfang des Rückgriffsanspruchs des Bestellers gegen den Lieferer gemäß § 478 Abs. 2 BGB gilt ferner Nr. 8 entsprechend.
10. Für Schadensersatzansprüche gilt im Übrigen Art. XI (sonstige Schadensersatzansprüche). Weitergehende oder andere als die in diesem Art. VIII geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.
11. Für gebrauchte Liefergegenstände ist die Sachmängelhaftung ausgeschlossen.

#### **IX. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte; Rechtsmängel**

1. Sofern nicht anders vereinbart, ist der Lieferer verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferers frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden: Schutzrechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferung gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Art. VIII. Nr. 2 bestimmten Frist wie folgt:
  - a) Der Lieferer wird nach seiner Wahl und auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.
  - b) Die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Art. XI.
  - c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur soweit der Besteller den Lieferer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich in Textform verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.
2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.
3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr. 1a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen des Art. VIII Nr. 4, 5 und 9 entsprechend.
4. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen des Art. VIII entsprechend.
5. Weitergehende oder andere als die in diesem Art. IX geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

#### **X. Unmöglichkeit; Vertragsanpassung**

1. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Lieferer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10 % des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der

Unmöglichkeit nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit wegen gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.

2. Sofern unvorhersehbare Ereignisse i. S. v. Art. IV Nr. 2 die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb des Lieferers erheblich einwirken, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Lieferer das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Will er von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, so hat er dies nach Erkenntnis der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Besteller mitzuteilen und zwar auch dann, wenn zunächst mit dem Besteller eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war.

#### **XI. Sonstige Schadensersatzansprüche**

1. Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Bestellers (im Folgenden: Schadensersatzansprüche), gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, sind ausgeschlossen.
2. Dies gilt nicht, soweit zwingend gehaftet wird, z. B. nach dem Produkthaftungsgesetz, in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit, wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.
3. Soweit dem Besteller nach diesem Art. XI Schadensersatzansprüche zustehen, verjähren diese mit Ablauf der für Sachmängelansprüche geltenden Verjährungsfrist gemäß Art. VIII Nr. 2. Bei Schadensersatzansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz gelten die gesetzlichen Verjährungsvorschriften

#### **XII. Eigentumsvorbehaltssicherung**

1. Der Lieferer behält sich das Eigentum an der Kaufsache bis zum Eingang aller Zahlungen aus dem Liefervertrag vor. Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug ist der Lieferer berechtigt, die Kaufsache zurückzunehmen. In der Zurücknahme der Kaufsache durch den Lieferer liegt kein Rücktritt vom Vertrag, es sei denn, der Lieferer hätte dies ausdrücklich schriftlich erklärt. In der Pfändung der Kaufsache durch den Lieferer liegt stets ein Rücktritt vom Vertrag, der Lieferer ist nach Rücknahme der Kaufsache zu deren Verwertung befugt, der Verwertungserlös ist auf die Verbindlichkeiten des Bestellers – abzüglich angemessener Verwertungskosten – anzurechnen.
2. Der Besteller ist verpflichtet, die Kaufsache pfleglich zu behandeln; insbesondere ist er verpflichtet, diese auf eigene Kosten gegen Feuer-, Wasser und Diebstahlschäden ausreichend zum Neuwert zu versichern. Sofern Wartungs- und Inspektionsarbeiten erforderlich sind, muss der Besteller diese auf eigene Kosten rechtzeitig durchführen.
3. Bei Pfändungen oder sonstigen Eingriffen Dritter hat der Besteller den Lieferer unverzüglich in Textform zu benachrichtigen, damit dieser Klage gemäß § 771 ZPO erheben kann. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist den Lieferer die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten einer Klage gemäß § 771 ZPO zu erstatten, haftet der Besteller für dem Lieferer entstandenen Ausfall.
4. Der Besteller ist berechtigt die Kaufsache im ordentlichen Geschäftsgang weiter zu verkaufen; er tritt dem Lieferer jedoch bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Faktura-Endbetrages (einschließlich MwSt.) der Forderung des Lieferers ab, die ihm aus der Weiterveräußerung gegen seine Abnehmer oder Dritte erwachsen und zwar unabhängig davon, ob die Kaufsache ohne oder nach Verarbeitung weiter verkauft worden ist. Zur Einziehung dieser Forderung bleibt der Besteller auch nach der Abtretung ermächtigt. Die Befugnis des Lieferers, die Forderung selbst einzuziehen, bleibt hiervon unberührt. Der Lieferer verpflichtet sich jedoch, die Forderung nicht einzuziehen, so lange der Besteller seinen Zahlungsverpflichtungen aus den vereinnahmten Erlösen nachkommt, nicht in Zahlungsverzug gerät und insbesondere kein Antrag auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens gestellt ist oder Zahlungseinstellung vorliegt. Ist aber dies der Fall, so kann der Lieferer verlangen, dass der Besteller dem Lieferer die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner (Dritten) die Abtretung mitteilt.
5. Die Verarbeitung oder Umbildung der Kaufsache durch den Besteller wird stets für den Lieferer vorgenommen. Wird die Kaufsache mit anderen, dem Lieferer nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwirbt der Lieferer das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Kaufsache (Faktura-Endbetrag, einschließlich MwSt.) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung. Für die durch Verarbeitung entstehende Sache gilt im Übrigen das gleiche, wie für die unter Vorbehalt gelieferte Kaufsache.
6. Wird die Kaufsache mit anderen, dem Lieferer nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwirbt der Lieferer das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Kaufsache (Faktura-Endbetrag, ein-

schließlich Mwst.) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Bestellers als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Besteller dem Lieferer anteilmäßig Miteigentum überträgt. Der Besteller verwahrt das so entstandene Alleineigentum oder Miteigentum für den Lieferer.

**7.** Der Besteller tritt dem Lieferer auch die Forderungen zur Sicherung der Forderungen des Lieferers gegen ihn ab, die durch die Verbindung der Kaufsache mit einem Grundstück gegen einen Dritten erwachsen.

**8.** Der Lieferer verpflichtet sich, die ihm zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Bestellers insoweit freizugeben, als der realisierbare Wert der Sicherheiten des Lieferers die zu sichernden Forderungen um mehr als 10 % übersteigt; die Auswahl der freizugebenden Sicherheiten obliegt dem Lieferer.

### **XIII. Gerichtsstand – Erfüllungsort**

**1.** Soweit der Besteller Kaufmann ist, ist der Geschäftssitz des Lieferers Gerichtsstand; der Lieferer ist jedoch berechtigt, den Besteller auch an seinem Wohnsitzgericht zu verklagen.

**2.** Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Kollisionsrechts; die Geltung des UN-Kaufrechts ist ausgeschlossen.

**3.** Ein Schiedsgerichtsverfahren im Hinblick auf das Vertragsverhältnis oder diese AGB wird nicht durchgeführt. Allein der ordentliche Rechtsweg ist maßgeblich.

**4.** Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist der Geschäftssitz des Lieferers Erfüllungsort.

# General Terms and Conditions

## I. General Provisions

1. All deliveries or services (hereinafter: "Deliveries") shall be made exclusively on the basis of the following General Terms and Conditions of Business. The mutual declarations in text form are decisive for the scope of the deliveries. However, the Purchaser's general terms and conditions shall only apply if the Supplier or service provider (hereinafter: "Supplier") has expressly agreed to them in text form. These terms and conditions of delivery shall also apply if the Supplier carries out the delivery to the Purchaser without reservation in the knowledge that the Purchaser's terms and conditions conflict with or deviate from these terms and conditions of delivery.
2. All agreements made between the Supplier and the Purchaser for the purpose of the execution of this contract are set out in writing in this contract.
3. These terms of delivery shall only apply to companies as defined in section 310 (1) BGB (German Civil Code).
4. These terms of delivery shall also apply to all future transactions with the Purchaser.

## II. Offer – Offer Documents

1. If the order is to be qualified as an offer pursuant to section 145 BGB (German Civil Code), the Supplier may accept it within 2 weeks. A minimum order value of EUR 100.00 applies. For orders that fall below this value, we will charge a handling surcharge of EUR 33.00.
2. The Supplier reserves its unrestricted property and copyright exploitation rights to cost estimates, drawings and other documents (hereinafter: Documents). The Documents may only be made accessible to third parties with the prior consent of the Supplier and, if the order is not placed with the Supplier, must be returned to the Supplier immediately upon request. Sentences 1 and 2 shall apply mutatis mutandis to Documents of the Purchaser; these may, however, be made accessible to third parties to whom the Supplier has permissibly assigned Deliveries.

## III. Prices, Terms of Payment

1. Unless otherwise stated in the Supplier's order confirmation, prices are ex works, excluding packaging, plus the applicable statutory value added tax. Packaging will be invoiced separately.
2. If the Supplier has undertaken the erection or assembly and unless otherwise agreed, the Purchaser shall bear, in addition to the agreed remuneration, all necessary ancillary costs such as travel expenses, costs for the transport of tools and personal luggage as well as daily allowances.
3. The deduction of a cash discount requires the consent of the Supplier in text form.
4. Unless otherwise stated in the order confirmation, the net purchase price (without deduction) is due for payment within 30 days of the invoice date. The statutory rules concerning the consequences of default in payment shall apply.
5. The Purchaser shall only be entitled to set-off rights if its counterclaims have been legally established, are undisputed or have been recognised by the Supplier. Furthermore, it is authorised to exercise a right of retention insofar as its counterclaim is based on the same contractual relationship.

## IV. Time limits for Deliveries; Default

1. The observance of deadlines for Deliveries presupposes the timely receipt of all Documents to be provided by the Purchaser, necessary approvals and releases, in particular of plans, as well as the observance of the agreed terms of payment and other obligations by the Purchaser. If these preconditions are not fulfilled in due time, the periods shall be extended accordingly; this shall not apply if the Supplier is responsible for the delay.
2. If non-compliance with the deadlines is due to force majeure, e.g. mobilisation, war, riot or similar events, e.g. strike or lockout, the deadlines shall be extended accordingly.
3. If the Supplier is in default, the Purchaser may, provided that it can credibly demonstrate that it has suffered a loss as a result, claim compensation of 0.5% for each full week of default, but in no case more than a total of 5% of the price of that part of the Deliveries, which, owing to the default, could not be put to the intended use.
4. The Purchaser's claims for damages due to delayed Deliveries as well as claims for damages in lieu of performance exceeding the limits specified in paragraph no. 3 above shall be excluded in all cases of delayed Deliveries, even upon expiry of a time set to the Supplier to effect the Deliveries. This does not apply to the extent that liability is mandatory in cases of intent, gross negligence or injury to life, body or health. The Purchaser may only withdraw from the contract within the scope of the statutory provisions if the Supplier is responsible for the delay in delivery. A change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser is not associated with the above provisions.
5. At the Supplier's request, the Purchaser is obliged to declare within a reasonable period of time whether it intends to withdraw from the contract due to the delay in delivery or insist on delivery.
6. If collection or dispatch or delivery is delayed at the request of the Purchaser by more than 1 month after notification that the goods are ready for collection or dispatch, the Purchaser may be charged storage costs of 0.5% of the price of the items of the delivery for each month commenced, but not more than a total of 5%. The contracting parties are at liberty to prove higher or lower storage costs.

## V. Transfer of Risk – Packaging

1. Unless otherwise stated in the order confirmation, the risk – even in the case of carriage paid delivery – shall pass to the Purchaser as follows:
  - a) In the case of deliveries without installation or assembly, when they have been brought for dispatch or collected. At the request and expense of the Purchaser, deliveries shall be insured by the Supplier against the usual transport risks;
  - b) In the case of deliveries with installation or assembly, on the day of takeover in our own works or, if agreed, after a faultless trial run.
2. If the dispatch, the collection, the delivery, the start, the performance of the installation or assembly, the taking over in the Purchaser's own works or the trial run is delayed for reasons for which the Purchaser is responsible or if the Purchaser is in default of acceptance for any other reason, the risk shall pass to the Purchaser.
3. Transport packaging and all other packaging in accordance with the Packaging Ordinance will not be taken back, with the exception of pallets. The Purchaser shall be obliged to dispose of the packaging at its own expense.

## VI. Installation and Assembly

If the Supplier has assumed responsibility for installation and assembly, the following provisions shall apply unless otherwise agreed in text form:

1. The Purchaser shall take over and provide in good time at its own expense:
  - a) all earthworks, construction work and other ancillary work outside the trade, including the skilled and unskilled labour, building materials and tools required for this;
  - b) the commodities and materials for scaffolding, lifting gear and other equipment, fuels and lubricants required for assembly and commissioning;
  - c) energy and water at the point of use, including connections, heating and lighting;
  - d) at the assembly site for the storage of machine parts, equipment, materials, tools, etc. sufficiently large, suitable, dry and lockable rooms and for the installation staff adequate working and recreation rooms including sanitary facilities appropriate to the circumstances; in all other respects the Purchaser shall take the same measures to protect the property of the Supplier and the assembly personnel on the site which it would normally take to protect its own property;
  - e) protective clothing and protective devices required as a result of special circumstances at the assembly site.
2. Prior to the start of the installation work, the Purchaser shall provide the necessary information on the location of concealed electricity, gas and water lines or similar installations as well as the required structural data without being requested to do so.
3. Prior to the commencement of assembly or erection, the materials and objects required for the commencement of the work must be available at the site of assembly or erection and all preparatory work must have progressed to such an extent that assembly or erection can be commenced as agreed and carried out without interruption. Access roads and the installation or assembly site must be levelled and cleared.
4. If assembly, erection or commissioning is delayed due to circumstances for which the Supplier is not responsible, the Purchaser shall bear the reasonable costs of any additional travelling of the Supplier or the assembly personnel required for waiting times.
5. The Purchaser shall immediately certify to the Supplier on a weekly basis the duration of the working hours of the assembly personnel and the completion of the erection, assembly or commissioning.
6. If the Supplier demands acceptance of the delivery after completion, the Purchaser shall carry this out within 2 weeks. If this does not happen, acceptance shall be deemed to have taken place. Acceptance shall also be deemed to have taken place when the delivery has been put into use – if applicable after completion of an agreed test phase.

## VII. Acceptance

The Purchaser may not refuse to accept Deliveries due to insignificant defects.

## VIII. Liability for Defects (Material Defects)

The Supplier shall be liable for material defects as follows:

1. All parts or services which show a material defect within the limitation period – irrespective of the period of operation – shall, at the Supplier's discretion, be repaired, replaced or provided again free of charge, provided that the cause of the defect already existed at the time of the transfer of risk.
2. Claims for material defects are subject to a limitation period of 12 months. This shall not apply insofar as the law pursuant to sections 438 (1) (2) BGB (German Civil Code) (buildings and things used for a building), 445b (1) BGB (right of recourse) and 634a (1) (2) (defects of a building) BGB prescribes longer periods as well as in cases of injury to life, body or health, in the event of a wilful or grossly negligent breach of duty by the Supplier and in the event of fraudulent concealment of a defect. The statutory provisions on suspension of expiry, suspension and recommencement of time limits shall remain unaffected.
3. The Purchaser shall immediately notify the Supplier in text form of any material defects.
4. In the event of notices of defects, payments by the Purchaser may be withheld to an extent that is in reasonable proportion to the material defects that



have occurred. The Purchaser may only withhold payments if a notice of defect is asserted about the justification of which there can be no doubt. If the notification of defects is unjustified, the Supplier shall be entitled to demand reimbursement of the expenses incurred by it from the Purchaser.

**5.** The Supplier shall first be given the opportunity to remedy the defect within a reasonable period of time.

**6.** If the subsequent performance fails, the Purchaser may – without prejudice to any claims for damages pursuant to Art. XI - withdraw from the contract or reduce the remuneration.

**7.** Claims for defects shall not exist in the case of only insignificant deviations from the agreed quality, in the case of only insignificant impairment of usability, in the case of natural wear and tear or damage occurring after the transfer of risk as a result of incorrect or negligent handling, excessive stress, unsuitable operating materials, defective construction work, unsuitable building ground or due to special external influences which are not assumed under the contract as well as in the case of non-reproducible software errors. If the Purchaser or third parties carry out improper modifications or repair work, there shall also be no claims for defects for these and the resulting consequences.

**8.** The Purchaser shall have no claim with respect to expenses incurred in the course of supplementary performance, including costs of travel, transport, labour, and material, to the extent that expenses are increased because the delivered item has subsequently been brought to another location than the Purchaser's branch office, unless doing so complies with the normal use of the delivered item.

**9.** The Purchaser's right of recourse against the Supplier pursuant to section 478 BGB of the German Civil Code (recourse of the entrepreneur) shall only exist to the extent that the Purchaser has not entered into any agreements with its customer exceeding the statutory claims for defects. Furthermore, paragraph no. 8 shall apply mutatis mutandis to the scope of the Purchaser's right of recourse against the Supplier pursuant to section 478 (2) BGB.

**10.** For claims for damages, Art. XI (other claims for damages) shall apply. Further claims or claims other than those regulated in this Art. VIII against the Supplier and its vicarious agents on account of a material defect are excluded.

**11.** Liability for material defects is excluded for used delivery items.

#### **IX. Industrial Property Rights and Copyrights; Defects of Title**

**1.** Unless otherwise agreed, the Supplier is obliged to provide the Delivery free of industrial property rights and copyrights of third parties (hereinafter: Property Rights) only in the Supplier's country. If a third party asserts a justified claim against the Purchaser based on an infringement of an Industrial Property Right by the Deliveries made by the Supplier and used in conformity with the contract, the Supplier shall be liable to the Purchaser within the time limits set out in Art. VIII, paragraph no. 2 as follows:

**a)** The Supplier shall, at its option and expense, either obtain a right of use for the Deliveries concerned, modify them so that the Industrial Property Right is not infringed, or replace them. If this is not possible for the Supplier under reasonable conditions, the Purchaser shall be entitled to the statutory rights of withdrawal or reduction.

**b)** The Supplier's obligation to pay damages shall be governed by Art. XI.

**c)** The aforementioned obligations of the Supplier shall only exist insofar as the Purchaser immediately notifies the Supplier in text form of the claims asserted by the third party, does not acknowledge an infringement and all defensive measures and settlement negotiations remain reserved for the Supplier. If the Purchaser ceases to use the Deliveries in order to mitigate damages or for other good cause, it shall be obliged to point out to the third party that such cessation of use does not constitute an acknowledgement of any infringement of the Industrial Property Right.

**2.** Claims of the Purchaser shall be excluded insofar as the Purchaser is responsible for the infringement of the property right.

**3.** Claims of the Purchaser shall also be excluded if the infringement of the Industrial Property Right is caused by specifications made by the Purchaser, by an application not foreseeable by the Supplier or by the Deliveries being modified by the Purchaser or being used together with products not provided by the Supplier. In the event of infringements of Industrial Property Rights, the claims of the Purchaser set out in paragraph no. 1a) shall otherwise be governed by the provisions of Art. VIII paragraph nos. 4, 5 and 9 which shall apply mutatis mutandis.

**4.** In the event of other defects of title, the provisions of Art. VIII shall apply accordingly.

**5.** Further claims or claims other than those regulated in this Art. IX by the Purchaser against the Supplier and its vicarious agents on account of a defect in title are excluded.

#### **X. Impossibility; Adjustment of the Contract**

**1.** Insofar as delivery is impossible, the Purchaser shall be entitled to claim damages, unless the Supplier is not responsible for the impossibility. However, the Purchaser's claim for damages shall be limited to 10% of the value of that part of the delivery which cannot be put to the intended use due to the impossibility. This limitation shall not apply to the extent that liability is assumed in cases of intent, gross negligence or injury to life, body or health; this shall not entail a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser. The Purchaser's right to withdraw from the contract remains unaffected.

**2.** If unforeseeable events within the meaning of Art. IV paragraph no. 2 significantly change the economic significance or the content of the delivery or have a significant effect on the Supplier's business, the contract shall be adjusted appropriately in good faith. Insofar as this is not economically justifiable, the Supplier shall be entitled to withdraw from the contract. If the Supplier intends to exercise this right of withdrawal, it shall notify the Purchaser thereof without undue delay as soon as it recognises the consequences of the event, even if an extension of the delivery period had initially been agreed with the Purchaser.

#### **XI. Other Claims for Damages**

**1.** Claims for damages and reimbursement of expenses by the Purchaser (hereinafter: Claims for Damages), irrespective of the legal grounds, in particular due to breach of duties arising from the contractual obligation and from tort, shall be excluded.

**2.** This shall not apply in cases of mandatory liability, e.g. under the Product Liability Act, in cases of intent, gross negligence, injury to life, limb or health, or breach of essential contractual obligations. However, the Claim for Damages for the breach of essential contractual obligations is limited to the foreseeable damage typical for the contract, unless there is intent or gross negligence or liability for injury to life, limb or health. A change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser is not associated with the above provisions.

**3.** Insofar as the Purchaser is entitled to Claim Damages under this Art. XI, they shall become time-barred upon expiry of the limitation period applicable to claims for material defects pursuant to Art. VIII paragraph no. 2. In the case of Claims for Damages under the Product Liability Act, the statutory limitation provisions shall apply.

#### **XII. Retention of Title**

**1.** The Supplier retains ownership of the purchased item until receipt of all payments under the delivery contract. If the Purchaser acts in breach of contract, in particular in the event of default in payment, the Supplier shall be entitled to take back the purchased item. The taking back of the purchased item by the Supplier does not constitute a withdrawal from the contract, unless the Supplier has expressly declared this in writing. The seizure of the purchased item by the Supplier shall always constitute a withdrawal from the contract; after taking back the purchased item, the Supplier shall be entitled to realise it; the realisation proceeds shall be set off against the Purchaser's liabilities – less reasonable realisation costs.

**2.** The Purchaser is obliged to treat the purchased goods with care; in particular, it is obliged to insure them at its own expense against damage by fire, water and theft at their replacement value. If maintenance and inspection work is required, the Purchaser must carry this out in good time at its own expense.

**3.** In the event of seizures or other interventions by third parties, the Purchaser shall immediately notify the Supplier in text form so that the Supplier can take legal action in accordance with section 771 of the ZPO (German Code of Civil Procedure). Insofar as the third party is not in a position to reimburse the Supplier for the court and out-of-court costs of an action in accordance with section 771 ZPO, the Purchaser shall be liable for the loss incurred by the Supplier.

**4.** The Purchaser shall be entitled to resell the purchased item in the ordinary course of business; however, it hereby assigns to the Supplier all claims in the amount of the final invoice amount (including VAT) of the Supplier's claim accruing to it against its customers or third parties from the resale, irrespective of whether the purchased item has been resold without or after processing. The Purchaser shall remain authorised to collect this claim even after the assignment. The authority of the Supplier to collect the claim itself remains unaffected by this. However, the Supplier undertakes not to collect the claim as long as the Purchaser meets its payment obligations from the proceeds collected, is not in default of payment and, in particular, no petition in bankruptcy or composition or insolvency proceedings has been filed or payments have not been suspended. If this is the case, however, the Supplier may demand that the Purchaser informs the Supplier of the assigned claims and their debtors, provides all information necessary for collection, hands over the relevant documents and informs the debtors (third parties) of the assignment.

**5.** The processing or transformation of the purchased item by the Purchaser shall always be carried out for the Supplier. If the purchased item is processed with other objects not belonging to the Supplier, the Supplier shall acquire co-ownership of the new object in the ratio of the value of the purchased item (final invoice amount, including VAT) to the other processed objects at the time of processing. The same applies to the object created by processing as to the purchased item delivered under retention of title.

**6.** If the purchased item is inseparably mixed with other objects not belonging to the Supplier, the Supplier shall acquire co-ownership of the new object in the ratio of the value of the purchased item (final invoice amount, including VAT) to the other mixed objects at the time of mixing. If the mixing takes place in such a way that the Purchaser's item is to be regarded as the main item, it is hereby agreed that the Purchaser shall transfer proportionate co-ownership to the Supplier. The Purchaser shall hold the sole ownership or co-ownership thus created in safe custody for the Supplier.

**7.** The Purchaser shall also assign to the Supplier the claims to secure the Supplier's claims against him which arise against a third party as a result of the connection of the purchased item with a plot of land.

8. The Supplier undertakes to release the securities to which it is entitled at the Purchaser's request insofar as the realisable value of the Supplier's securities exceeds the claims to be secured by more than 10%; the Supplier shall be responsible for selecting the securities to be released.

### **XIII. Place of Jurisdiction – Place of Performance**

1. If the Purchaser is a merchant, the place of jurisdiction shall be the Supplier's place of business; however, the Supplier shall also be entitled to sue the Purchaser at the court of the Purchaser's place of residence.

2. The law of the Federal Republic of Germany shall apply to the exclusion of the conflict of laws provisions; the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods shall not apply.

3. Arbitration proceedings with regard to the contractual relationship or these General Terms and Conditions of Business shall not be conducted. Only legal recourse shall apply.

4. Unless otherwise stated in the order confirmation, the place of performance shall be the Supplier's place of business.